(KR/WL)

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Versicherer beruhigen Kunden**
   Die US-Hypothekenkrise betrifft die deutschen Versicherer nach eigener Aussage bisher kaum. Die Branche sei "bisher nicht unmittelbar betroffen", sagte der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Auch indirekte Gefahren, wie die Beteiligung an kritischen Fonds, seien nicht erkennbar.
   Quelle: FR

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Was heißt das: "bisher nicht unmittelbar betroffen" In meinem Sprachverständnis heißt das, mittelbar sind die Versicherer doch betroffen. Nachgeschoben wird dann, dass auch" indirekte Gefahren … nicht erkennbar" seien. Das heißt aber durchaus, dass Gefahren da sein könnten. Warum sagt der gute Mann nicht einfach, die deutschen Versicherer seien weder direkt noch indirekt von der Finanzkrise betroffen?*
   Der Hinweis, dass nur 1,7 Prozent der gesamten Kapitalanlagen der Versicherungswirtschaft in risikobehafteten US-Finanzprodukten angelegt seien, – sollen wir das nach den bisherigen Erfahrungen glauben? -, erweist sich allerdings als typische, falsche Fährte. Es geht doch gar nicht um die "Beteiligung an kritischen Fonds", es geht um stinknormale Aktien. Natürlich besitzt nur eine Minderheit in relevantem Umfang privat Aktien, aber in indirekter Form haben laut Deutschem Aktieninstitut 82 Mio. Deutsche zwecks privater Vorsorge 95 Mio. Verträge abgeschlossen, in Lebensversicherungen.
   Deren Renditeversprechen lösen sich angesichts fallender Aktienkurse gegenwärtig in Luft auf.

2. **Weitere Milliardenverluste?**
   Die stolze Schweizer Bank UBS kommt nicht aus den Schlagzeilen. Nach Informationen Schweizer Zeitungen sollen dem Institut weitere Milliardenverluste mit windigen Hypothekenkrediten drohen, die das Geldhaus sogar in die roten Zahlen

drücken könnten. Jetzt steht eine weitere Kapitalerhöhung zur Debatte.
Quelle: Manager Magazin

3. **Geplante Gesundheitskarte: »Prinzip Vertraulichkeit wird außer Kraft gesetzt«**
Kritik an elektronischer Gesundheitskarte wächst. Ärzteorganisation will aufklären. Ein Gespräch mit Matthias Jochheim, Mitglied des Vorstands der deutschen Sektion der Ärzte gegen Atomkrieg IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War).
"Man erinnere sich an die Erfassung der Maut für LKW-Fahrer: Als ein Fahrer eines Mordes verdächtigt wurde, wollte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Daten plötzlich nachträglich der Polizei zugänglich machen. Ähnliches ist bei der E-Card zu befürchten. Dem Gesetzgeber könnte einfallen, die Daten zu benötigen, um den Terrorismus zu bekämpfen.
Ein anderes Beispiel: Das Institut Booz-Allen-Hamilton erstellte im Auftrag der Gematik GmbH eine Kosten-Nutzen-Analyse. Ergebnis: Die Einführung der Karte, ursprünglich auf 1,4 Milliarden Euro geschätzt, koste bis zu sieben Milliarden Euro. Der Chaos-Computer-Club kam an diese vermeintlich geheimen Daten der GmbH – an der das Bundesministerium für Gesundheit, Krankenkassen, IT-Konzerne, die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung beteiligt sind –ganz leicht heran.
Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Klaus Theo Schröder ist ein Vorkämpfer der elektronischen Gesundheitskarte. Er war im Vorstand der Rhön-Kliniken einer der großen Privatisierungsgewinner. Im Aufsichtsrat dort wirkt auch Brigitte Mohn mit, Tochter der Bertelsmann-Dynastie. Der Bertelsmann-Konzern hat eine Firmentochter Arvato, und die soll E-Cards in Massenproduktion herstellen. Zusätzlich wird die IT-Industrie mit jenen geschätzten sieben Milliarden gefüttert – aus den Kassen der Versicherten. Ökonomisch werden auch die Krankenkassen profitieren und in der Verwaltung entlastet. Risikogruppen, beispielsweise chronische Erkrankungen wie Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen, können sie so leichter identifizieren. "
Quelle: Junge Welt

4. **Ausland verzichtet gern auf deutsche Führungskräfte**
Wie gut für deutsche Manager, dass es so viele deutsche Konzerne gibt. Im Ausland hätten die meisten von ihnen nämlich kaum eine Chance. In anderen Ländern ist die Situation ähnlich. US-Boards werden fast immer von Amerikanern, französische von Franzosen, italienische von Italienern geführt. Ohne Ironie ist das nicht, schließlich lahmt die Globalisierung gerade in jenen Kreisen, die sie sonst am stärksten propagieren. Für die hiesige Wirtschaftselite bedeutet dieser Befund: So konkurrenzlos sie im Inland ist, so wenig konkurrenzfähig ist sie im Ausland.

Quelle: FTD

Anmerkung: *Daran sollten Sie sich erinnern, wenn wieder einmal die Millionengehälter damit begründet werden, dass ohne die Millionen die Spitzenmanager ins Ausland abwandern würden.*

5. **Akademikerinnen bekommen mehr Kinder als andere Frauen**
   Es ist ein Klischee, dass Akademikerinnen weniger Kinder bekommen als andere Frauen – und es trifft nicht zu: Einer neuen Studie zufolge ist die Geburtenrate bei Abiturientinnen und Hochschulabsolventinnen seit einigen Jahren sogar höher als im Durchschnitt.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung WL: *Erinnern Sie sich noch an die Katastrophenmeldungen ausgehend vom Statistischen Bundesamt, über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung im Jahre 2005 weiterverbreitet und schließlich allgemein in der veröffentlichten Meinung übernommen, wonach angeblich über 40 Prozent aller Akademikerinnen kinderlos bleiben?*
   Auf diesen genetischen Alarmismus, wonach in Deutschland wegen der Kinderarmut gerade der Akademikerinnen der intelligente Nachwuchs ausbleibt, wurden ganze familienpolitische Programme ausgerichtet, so etwa die Einführung des „Elterngelds", das besser verdienende Frauen bevorzugt.
   Wir haben auf den NachDenkSeiten schon vor drei Jahren auf dieses irreführende Element des Demografie-Katastrophismus hingewiesen. Albrecht Müller hat in seinem Buch „Machtwahn" gegen diesen „ziemlich dreisten Fall von Manipulation auf dem Felde der Demographie" ausführlich berichtet.
   Aber die Kinderarmut von Akademikerinnen passte so wunderbar ins Konzept etwa der angeblich durch die demografische Entwicklung erzwungenen sog. „Rentenreformen" und der so suggerierten Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge.
   Die Studie, über die jetzt berichtet wird, belegt nur wieder einmal, wie mit dem allfälligen Hinweis auf die demografische Entwicklung die Bevölkerung sprichwörtlich wie der Bär am Nasenring durch die Manege geführt wurde, um die angebliche Notwendigkeit des „Umbaus" des Sozialstaates „vermitteln" zu können.
   Der Spiegel hält es aber offenbar nicht für notwendig, seine Meldung aus dem Jahre 2006 zu korrigieren. Wahrscheinlich erinnert man sich in der Redaktion, trotz des angeblich so guten Archivs, noch nicht einmal daran, dass man damals mit nicht hinterfragten Meldungen zur Kinderarmut von Akademikerinnen die Kampagne für die demografisch bedingten Reformen kräftig mit angeheizt hat.
   Lesen Sie dazu auch den Beitrag von Gerd Bosbach (schon aus dem Jahre 2006)

„Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung“.

6. **Umfrage: 70 Prozent der Bevölkerung lehnen Bahnprivatisierung ab**
   Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt einer Umfrage zufolge die umstrittene Teilprivatisierung der Deutschen Bahn ab. 70 Prozent seien gegen jede Kapitalprivatisierung, berichtete das Bündnis Bahn für Alle am Freitag in Berlin unter Berufung auf eine repräsentative Untersuchung unter mehr als 1000 Personen durch das Meinungsforschungsinstitut Emnid. Lediglich 28 Prozent der Bevölkerung bevorzugten eine Privatisierungsvariante.
   Quelle: Live-PR
7. **Wunsch vieler Eltern: Arbeitszeiten gleichmäßiger aufteilen**
   Die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern lassen kaum Chancen für eine moderne Balance von Beruf und Familie. Zwischen Zeitnot und Karriereverzicht müssen vor allem Mütter entscheiden. Ein neuer Arbeitszeitstandard für die Familienphase wird gebraucht. Ein Drittel der Familien in Deutschland leidet unter Zeitnot. Hauptursache für das Dilemma sind die sehr langen Arbeitszeiten von Vätern: fast durchgehend Vollzeit unterwegs, oft überlang mit deutlich mehr als 40 Stunden pro Woche. Das zeigt eine WSI-Studie, die tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten von Eltern untersucht hat. Als Kernproblem machen die Forscherinnen die traditionelle Norm der lebenslang gleichen Vollzeitarbeit aus, die unterschiedliche Lebensphasen nicht berücksichtigt. Und Teilzeitarbeit ist längst nicht für alle Mütter und Väter ein Ausweg, zeigt die Analyse.
   Quelle1: Böckler impuls 04/2008
   Quelle 2: Original mit Grafiken [PDF – 88 KB]
8. **NRW hilft Neapel bei der Entsorgung von Hausmüll**
   Nordrhein-Westfalen wird Italien bei der Entsorgung von Hausmüll aus der Region Kampanien (Großraum Neapel) helfen. In NRW würden maximal 69 500 Tonnen Hausmüll entsorgt, teilte das Umweltministerium am Donnerstag in Düsseldorf mit. Insgesamt sollen laut Ministerium 160 000 Tonnen Siedlungsabfälle aus Italien in deutschen Anlagen entsorgt werden. Der Abfall soll innerhalb von zehn Wochen ab Genehmigung aus Italien mit der Bahn in Müllverbrennungsanlagen in Bonn, Düsseldorf, Herten, Kamp-Lintfort, Köln, Leverkusen, Weisweiler und Wuppertal gebracht werden.
   Quelle: de.news.yahoo.com

   Anmerkung: *Siehe dazu „Vom blauen Himmel über der Ruhr zur vergifteten Luft über NRW“.*

9. **Detlef Hensche: Sozialdemokratische Chaostage**

Ein Fünfparteiensystem würde Herrn Herzog nicht in Unruhe versetzen, wäre nicht die fünfte Partei die Linke. Damit sind wir beim entscheidenden Punkt. Mit der Linkspartei hat sich inzwischen eine Partei auch parlamentarisch etabliert, die den marktliberalen Grundkonsens der übrigen vier Parteien stört und die eine mehrheitliche Stimmung in der Bevölkerung zu Wort und womöglich zu Bewusstsein kommen lässt. Ja, mit Ypsilantis SPD stand zumindest in Hessen ein Richtungswechsel an, der sich jenem Vier-Parteien- Konsens nicht bruchlos eingefügt und ihn womöglich auf längere Sicht gefährdet hätte. Das Programm eines marktradikalen Umbaus der Gesellschaft einschließlich politisch gewollter sozialer Ungleichheit lässt sich jedenfalls mit zentralen Wahlaussagen derhessischen SPD nicht ohne weiteres in Einklang bringen. Eine nicht nur rechnerische, sondern auch handlungsbereite linke Mehrheit im Wiesbadener Parlament musste daher Anstoß erregen, nicht wegen der Beteiligung der Linkspartei, sondern angesichts eines womöglich über Hessen hinausweisenden Richtungswechsels. Dies gilt erst recht angesichts des Umstands, dass die parlamentarische Mehrheit sich in wichtigen Fragen mit der mehrheitlichen Stimmung in der Bevölkerung deckt.
Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik

10. **SPD: Der Feind heißt Forsa**
Wöchentlich ermittelt Forsa-Chef Güllner verheerende Umfragewerte für die SPD. Die Genossen beklagen gereizt eine Beck-muss-weg-Kampagne, dabei ist der Demoskop einer von ihnen.
Quelle: Focus

Anmerkung: *Wir weisen auf diesen Beitrag nur deshalb hin, weil auch wir auf NachDenkSeiten schon mehrfach über zweifelhafte Umfrageergebnisse von Forsa berichtet haben. Geben Sie dazu einfach „Güllner“ in unsere Suchfunktion ein.*

11. **Wer hat sich verraten? – Sozialdemokraten! – Oder, wie man sich selbst überflüssig macht**
Wer nun gestern die Reaktionen aus der Partei selbst und auch die Analysen deutscher Journalisten aufmerksam studierte, bekam den Schuldigen gleich auf dem silbernen Tablett serviert: Parteichef Kurt Beck ist die Ursache allen Übels. Sein merkwürdiger Eiertanz rund um eine Tolerierung einer Rot-Grünen Minderheitenregierung durch die Linke in Hessen und der dadurch angeblich festgestellte Linksrutsch der Partei habe für die schlechte Stimmung gesorgt. Einen elementaren Linksrutsch kann das aber nur nennen, wer vergisst, dass die SPD in den letzten 15 Jahren einen Rechtsmarathon hinter sich hat.
Spätestens seitdem Populist Schröder in das Kanzleramt einzog und vollzog, wovon die

CDU und die FDP schon lange träumten, nämlich das soziale aus der Marktwirtschaft zu eliminieren, und die Partei, ob der Begeisterung nach den bleiernen 16 Jahren Kohl'scher Aussitzerei endlich mal wieder an der Macht zu sein, so tat als bemerke sie nicht, wie da dem Projekt „Rot-Grün" jeglicher sozialer Zahn gezogen wurde – spätestens seitdem ist Partei auf dem Weg, sich selbst überflüssig zu machen.
Quelle: Readers Edition

12. **Wolfsburg, Tibet, Peking – VW und die Olympischen Spiele in China**
VW ist in China Marktführer. Der geschäftliche Erfolg im Reich der Mitte überstrahlte bisher, dass die chinesische Führung die Menschenrechte schon lange missachtet. Dass Andersdenkende in China unterdrückt werden, tat dem Image des deutschen Autokonzerns bislang keinen Abbruch. Mit den Unruhen in Tibet und der blutigen Niederschlagung wird die Sponsorenrolle von Volkswagen allerdings zunehmend thematisiert.
Auch in der Kritik: Der Trainer des VW-Werksclubs VfL Wolfsburg. Magath wurde nach Athen gesandt, um dort als Fackelträger das Olympische Feuer auf der ersten Etappe Richtung Peking mitzutragen. Die VW-Begleitfahrzuge für den Fackellauf wurden mit großem Werbeaufwand in Peking präsentiert und auf die Reise geschickt.
Quelle 1: ARD-Panorama (Text) [PDF – 48 KB]
Quelle 2: ARD-Panorama (Video)

Anmerkung WL: *Dieser Panorama-Bericht ist eigentlich nur deshalb einen Hinweis wert, weil er deutlich machen kann, wie scheinheilig die Forderung nach einem Olympia-Boykott ist. Dieser Boykott würde ja nichts kosten. Wenn man wirklich Druck auf die Chinesen ausüben wollte, dann über wirtschaftliche Sanktionen, also etwa über einen Investitionsboykott. Aber der schmälerte ja die Gewinne.*

13. **The Myths and Realities of Philantrocapitalism**
Business involvement in philanthropy is increasing day by day, but is it a blessing, a curse, or somewhere in between? Just Another Emperor? is the first book to take a comprehensive and critical look at this vital new phenomenon. Whatever position you take, this will be one of the most important debates of the next 10 years.
Quelle: Just another emperor?

Anmerkung: *Michael Edwards neues Buch, das zum freien Download erhaeltlich ist, hinterfragt umfassend die zunehmende 'Wohltätigkeit' von Superreichen und Unternehmen und beleuchtet kritisch den Einfluss auf Zivilgesellschaft und die eher bescheidenen Ergebnisse. Wir verweisen darauf im Kontext zu unserem gestrigen Beitrag zur Roland Berger Stiftung zum Schutz der Menschenwürde.*

14. **Kosovo: Nationale Selbstbestimmung oder staatliche Souveränität?**
Die grundlegende Schwierigkeit im Kosovo besteht im kompletten Zusammenbruch jeder nach Ausgleich und Verständigung suchenden Kommunikation zwischen den Konfliktparteien. Dem serbischen Nationalismus steht ein albanisches Nationsbildungsprojekt gegenüber, das nicht weniger ausschließend und ethnozentristisch ist. Die Forderung nach der ultimativen Realisierung eines "Selbstbestimmungsrechts" wird im Kosovo von ausnahmslos allen kosovo-albanischen politischen Kräften gefordert. Die Unabhängigkeitserklärung ist also lediglich die Bestätigung für das reale Scheitern des bisherigen Staatsprojektes. Und niemand hat eine realistische Idee, wie es wieder hergestellt werden könnte.
Mit dem offenen Bruch des Völkerrechts in der entscheidenden Frage der Unverletzlichkeit von Grenzen wurde jetzt eine neue Ausgangslage geschaffen, welche nicht nur auf dem Balkan, sondern auf internationaler Ebene zur Eskalation weiterer Konflikte zu führen droht. Es scheint in der Praxis zur Herausbildung eines flexiblen Umgangs mit dem "Prinzip der territorialen Souveränität" und dem "Recht auf Selbstbestimmung" zu kommen. Entscheidend werden in letzter Konsequenz die Interessen der Hegemonialmächte und militärische Machtverhältnisse sein. Ob "Selbstbestimmung" oder "Souveränität", das eine wie das andere wird jeweils dann maßgeblich sein, wenn es den dominanten westlichen Interessen dient. Manchmal wird die territoriale Souveränität eines Staates erhalten werden, auch wenn er ethnische Minderheiten auf seinem Gebiet brutal unterdrückt wie seit Jahrzehnten das türkische Militär die Kurden. Manchmal wird dagegen der Kosovo-Präzedenzfall gelten.
Quelle: Linksnet
15. **Schneller laufen als die langsamste Antilope**
Seminar an der European Business School in Oestrich-Winkel
Elf Studenten formen das Wort Kreativität, ein Siemens-Manager spricht über "Minderleister" und den Mensch als Kostenblock, ein kluger Student sinniert über den Elitebegriff. Immer mittendrin: Julia Friedrichs – einige Auszüge aus ihrem Buch "Gestatten: Elite".
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung: *Lesen Sie einfach einmal nach, welche Lerninhalte an der European Business School (EBS), die die "Nummer Eins" unter den deutschen Hochschulen für Betriebswirtschaftslehre sein will, vermittelt werden sollen. Die EBS European Business School gemeinnützige GmbH ist eine vom Land Hessen staatlich anerkannte Hochschule im Universitätsrang.*
Die EBS versteht sich als „Top-Adresse für die Führungselite von morgen".

Die Studiengebühren für die Studienstufe 1 des EMBA HCM (Kontaktstudium Gesundheitsökonomie) betragen 8.900 € zzgl. gesetzlich geltender MwSt.
Für die im Rahmen der Studienstufe 2 zu entrichtenden Gebühren (23.500 €) fällt keine MwSt. an.

Zu einem solchen Manager-Studium passt:

Lidl setzt seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel
Ulf D. Posé, Präsident des Ethikverbands der Deutschen Wirtschaft, beklagt die Doppelmoral, die sich in den mutmaßlichen Überwachungsmaßnahmen von Mitarbeitern beim Handelskonzern Lidl offenbart.
„Zwei Dinge erschrecken uns: Die geschilderten Vorfälle selbst sowie die Stellungnahme des Unternehmens. Hier wird das ethisch-moralische Bewusstsein mit Füßen getreten. Die Lidl-Affäre gibt deutliche Hinweise, dass es in unserer Gesellschaft offensichtlich bei manchen Unternehmen an Unrechts- und Redlichkeitsbewusstsein mangelt. Abgesehen von den juristisch zu klärenden Fragen ist es kaum nachvollziehbar, wie sehr ethisch-moralisches Bewusstsein hier mit Füßen getreten wird. Lidl behauptet in seinen Leitlinien, „Fairness ist ein Gebot gegenüber jedermann im Unternehmen“. Menschen zu bespitzeln ist weder fair, noch bei einem berechtigten Interesse an Kontrolle in dieser Form nachvollziehbar.“
Quelle: Personal-Magazin

16. **Ex-Kulturstaatsminister Nida-Rümelin kritisiert Bachelor: “Salto rückwärts in die Oberstufe”**
Die Einführung des Bachelor in Deutschland ist eine Schmalspur-Offensive. Praktisch alle, die vor fünf Jahren noch optimistisch waren, sagen heute: Das ist eine Katastrophe. Vor allem die unter 45-Jährigen waren für die Umstellung auf moderne modularisierte Studiengänge. Die sagen jetzt: Was jetzt hier rauskommt, ist ja der reine Schulbetrieb. Dann hätte ich auch Gymnasiallehrer werden können.
Quelle: taz

Anmerkung: *Nida-Rümelin nimmt in seinem Urteil über die Studiengebühren die übliche Froschperspektive der Hochschullehrer ein, die ihnen die Sicht auf die wahren Hintergründe der Unterfinanzierung der Hochschule nimmt. Man denke nur einmal daran, dass allein zur Rettung der IKB 8 Milliarden € Steuergelder verschleudert wurden. Aber bei den Hochschulen wird seit Jahren gespart. Seiner Kritik an der Verschulung und Dequalifizierung eines Studiums kann man indes nur zustimmen.*

17. *Zu guter letzt:*

Discount-Zeitarbeit.de wurde mit dem Innovationspreis 2007 ITK der Initiative Mittelstand ausgezeichnet
Quelle: dicount-zeitarbeit.de

Anmerkung WL: *Schauen Sie sich bitte einmal den Auftritt dieses Zeitarbeitsvermittlers an:*

> Geile Preise! Geile Leute! Billig! Schnell! Einfach! Was wir liefern!

Hier werden Menschen vermittelt wie Elektronik-Geräte im Media Markt. Schirmherr des Innovationspreises der Initiative Mittelstand ist 2008 der nordrhein-westfälische „Innovationsminister" Andreas Pinkwart.